

## Das Ende der Straßenausbaubeiträge für Anlieger ist beschlossen

Nach der Halbierung der Straßenausbaubeiträge vor zwei Jahren sorgt die NRW-Koalition für die nächste große Entlastung: Das Land trägt den Anlieger-Anteil der Straßenausbaubeiträge zu 100 Prozent. Das hat der Landtag auf Initiative von FDP und CDU im März beschlossen.

„Über fünf Jahrzehnte ist das Kommunalabgabengesetz im Bereich der Straßenausbaubeiträge quasi unverändert geblieben. Die NRW-Koalition hat in fünf Jahren zwei Entlastungsschritte vollzogen, die vorher in 50 Jahren nicht möglich waren“, sagt der kommunalpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion Henning Höne.



Henning Höne (FDP)

Im ersten Schritt hat das Land zum 1. Januar 2020 die Halbierung der Beiträge, eine Pflicht zur Bürgerbeteiligung, ein Recht auf Ratenzahlung und eine Härtefallregel beschlossen. Mit dem zweiten Schritt übernimmt das Land die Beiträge zu 100 Prozent.

„Auch Eigentümerinnen und Eigentümer mit bewilligten Anträgen profitieren, die zur Hälfte bei den Straßenausbaubeiträgen seit

2020 unterstützt werden. Wir werden auch sie vollständig entlasten“, erläutert Höne.

Seit 2020 werden jährlich 65 Millionen Euro zur Entlastung bei den Straßenausbaubeiträgen zur Verfügung gestellt. Es wurden aber nur 11 Millionen Euro abgerufen. „Durch

diesen finanziellen Spielraum können wir die Eigentümerinnen und Eigentümer von Grundstücken entlasten. Das Geld soll den Menschen direkt zugutekommen“, erklärt Höne. Im dritten Schritt soll die Landesregierung eine gesetzliche Abschaffung im Einklang mit dem Konnexitätsprinzip vorbereiten, die vom neuen Landtag zügig beschlossen werden kann.

Zudem wird das Land auf Initiative der NRW-Koalition eine Verjährungsfrist von 10 Jahren für Ersterschließungsbeiträge einführen. Damit schaffen wir Rechts- und Planungssicherheit für Eigentümer von Grundstücken.



## Grüne Antworten für eine Energiepolitik im Krisenmodus

Klimaziele in Gefahr, Energiepreise auf immer neuen Rekordniveaus und ein Krieg in Europa, der schonungslos Deutschlands Abhängigkeit von fossilen Energieimporten aus Russland offenbart. Neben der eskalierenden Klimakrise muss die Energiepolitik auch Antworten auf die Preiskrise und die Krise der Versorgungssicherheit liefern.

Es ist ein Glücksfall in all diesem Elend, dass viele der notwendigen Maßnahmen eine Lösung für alle drei Krisen gleichzeitig sind: Jede neue Windenergieanlage verringert die Abhängigkeit von fossilen Energieimporten und verbessert damit unsere Versorgungssicherheit. Gleichzeitig schaffen wir langfristig stabile Energiepreise und kommen den Klimazielen ein Stück näher. Anders als die Bundesregierung, die Maßnahmen im Wochentakt

verkündet, wirkt die NRW-Landesregierung jedoch noch immer wie in Schockstarre.

Die Grüne Landtagsfraktion hat mit mehreren Initiativen aufgezeigt, was auf Landesebene getan werden müsste. Die Essenz unseres Antrags zum Booster für die Windenergie ist: mehr Flächen, mehr Personal in den Behörden,



Grafik: Soonthorn Wongsaita/Shutterstock.com

standardisierte Regeln und Prozesse. Unseren gemeinsamen Gesetzentwurf mit der SPD zur Abschaffung der pauschalen 1.000-Meter-Mindestabstände haben CDU und FDP abgelehnt, dabei würde dies auf einen Schlag 50 Prozent mehr Flächen für die Windenergie bringen. Und auch unser Antrag zu dringend notwendigen Maßnahmen in der Energiepolitik, wie beispielsweise der Förderung weiterer Energieeffizienzmaßnahmen und Energieberatungsangebote, wurde von CDU und FDP abgelehnt. Diese Landesregierung ist unfähig, in den Krisenmodus zu schalten.



## Demokratie ist keine Einbahnstraße

Als sich die AfD im Februar 2013 konstituierte, war dies der Startschuss zur erfolgreichsten Partei-Neugründung der Nachkriegszeit: Nur die AfD ist seit Jahren neben CDU und SPD in allen Landtagen, dem Bundestag und dem EU-Parlament vertreten. In Nordrhein-Westfalen repräsentiert sie derzeit 7,4 % der Menschen und damit einen wesentlichen Teil der Bevölkerung. Dennoch wurde sie von Anfang an von allen anderen im Landtag vertretenen Parteien diffamiert und ausgegrenzt. Angefangen bei der Verweigerung eines ihr zustehenden Sitzes im Präsidium wurde die AfD systematisch von der Teilhabe auf Mitwirkung ausgeschlossen – damit also 7,4 % der Bürger dieses Landes. Dies, obwohl die Gründerväter unserer Republik in Anbetracht der Erfahrungen aus der Vergangenheit größten Wert darauf ge-

legt haben, einseitige Haltungen und dadurch entstehende Machtkonzentrationen möglichst zu verhindern. Wichtigster Garant dafür sind Meinungsfreiheit und vor allem Meinungspluralität, in der Gesellschaft und unabdingbar in den Parlamenten. Um möglichst vielen politischen Richtungen eine Stimme zu geben, braucht es nicht nur Parteivielfalt, sondern ebenso die Besinnung auf die Wortbedeutung Parlament: miteinander reden. Kontrovers, streitbar mitunter, doch stets mit Respekt vor der anderen, der gegensätzlichen Meinung. Auf diesem Wert fußt unsere parlamentarische Demokratie, und dieser Wert wird stets von denen mit Füßen getreten, die eine parlamentarische Stimme systematisch zu unterdrücken suchen. Wenn sie das noch mit dem Hinweis auf die eigene demokratische Legitimation

versehen, kann man nicht mehr nur von Ironie sprechen – das ist hochgradig ignorant, geradezu grotesk. Und doch tägliche Praxis im aktuellen Landtag NRW, nicht zuletzt, wenn jeder Antrag der AfD mit den Stimmen aller anderen Fraktionen abgelehnt wird. Dabei gibt es kaum Hinweise, dass sich diese Demokratieverweigerung in der nun kommenden Legislaturperiode verändern wird. Es bleibt also nur zu hoffen, dass echte Demokraten ein Einsehen bekommen und merken: Demokratie ist keine Einbahnstraße!

